

## **Erfahrungsbericht des Referats für LST**

### **Einrichtung des Referats für Lesben, Schwule und Transgender:**

Durch Beschluss des Rates vom 17.12.2009 wurde die Verwaltung beauftragt, ein Referat für Lesben, Schwule und Transgender (LST) einzurichten. Die Dienststelle sollte folgende Aufgaben wahrnehmen:

- Konzept-Entwicklung für eine Kölner LST-Politik
- Koordination und Steuerung der Arbeit für Lesben, Schwule und Transgender
- Außenvertretung / Öffentlichkeitsarbeit
- Ansprechpartner für Organisationen
- Ombuds- / Beratungs- / Wegweiserfunktion für Lesben, Schwule und Transgender innerhalb der Stadtverwaltung
- Interessenvertretung von Lesben, Schwulen und Transgendern in städtischen Gremien
- Interkommunale und internationale Zusammenarbeit mit anderen Referaten für gleichgeschlechtliche Lebensweisen
- Berichtswesen

Für die Arbeit des Referats für LST war die Einrichtung von 2,5 Stellen vorgesehen. Aufgrund der Haushaltslage konnte die Dienststelle jedoch nicht im erforderlichen Ausmaß besetzt werden. Um den genannten Ratsbeschluss zumindest teilweise umzusetzen, wurde Christian Rahmfeld unter Wegfall seiner bisherigen Stelle im Dezernatsbüro V in das Referat für LST umgesetzt. Die Besetzung der zweiten Stelle konnte aufgrund der Haushaltslage und mangelnder Kompensationsmöglichkeiten noch nicht erfolgen.

### **Bisherige Arbeit des Referats für Lesben, Schwule und Transgender:**

Im Folgenden wird die Arbeit des Referats für Lesben, Schwule und Transgender anhand des vom Rat der Stadt Köln beschlossenen Aufgabenkatalogs beschrieben:

#### **- *Konzept-Entwicklung für eine Kölner LST-Politik:***

Das Referat für Lesben, Schwule und Transgender ist neben dem Interkulturellen Referat, dem Büro der Behindertenbeauftragten, dem Amt für Soziales und Senioren, dem Amt für die Gleichstellung von Frauen und Männern sowie dem Personal- und Organisationsamt in einer verwaltungsinternen Arbeitsgruppe an der Erstellung eines Diversity-Konzepts für die Stadt Köln beteiligt und vertritt hier die Interessen von Lesben, Schwulen und Transgendern.

Hier wurde in einem Workshop und mehreren Arbeitsgruppensitzungen ein Sachstandsbericht und Vorgehensvorschlag zur Erarbeitung eines Diversity-Konzepts erarbeitet, der den betroffenen Ausschüssen und Gremien zur Beratung und dem Rat in seiner Sitzung am 14.12.2010 zur Beschlussfassung vor-

gelegt wurde. Der Bericht gibt Verwaltung und Politik sowie den bestehenden Netzwerken einen Überblick über die bisherigen Weiterentwicklungen. Darüber hinaus werden die Eckpunkte einer noch zu entwickelnden Rahmenstrategie und die gemeinsamen Leitprinzipien aufgezeigt. Zur Vorstellung des Berichts erfolgte die Teilnahme an Sitzungen verschiedener Ausschüsse des Rates.

Eine Konzept-Entwicklung, die sich darüber hinaus ausschließlich an den Personenkreis der Lesben, Schwulen und Transgender richtet, konnte aufgrund der Knappheit personeller und finanzieller Ressourcen bisher nicht angestoßen werden.

- ***Koordination und Steuerung der Arbeit für Lesben, Schwule und Transgender:***

Eine Koordination der Arbeit für Lesben, Schwule und Transgender zur besseren Kommunikation der Verwaltung mit den Organisationen der Community, Medien und Investoren konnte bisher aufgrund knapper Ressourcen lediglich in Ansätzen erfolgen. So wurde beispielsweise eine intensivere Zusammenarbeit zwischen Abteilungen des Jugendamtes, der Beratungsstelle Rubicon und dem Referat für Lesben, Schwule und Transgender vereinbart. Im Rahmen des verwaltungsinternen Arbeitskreises zur Stadtarbeitsgemeinschaft Lesben, Schwule und Transgender erfolgt ein regelmäßiger Austausch über die Belange des genannten Personenkreises mit unterschiedlichen Dienststellen der Stadtverwaltung. Seit der Einrichtung des Referats wird der Arbeitskreis vom Referat vorbereitet und geleitet.

Der Ausschuss für Soziales und Senioren hat in seiner Sitzung am 05.05.2011 eine neue Geschäftsordnung für die Stadtarbeitsgemeinschaft Lesben, Schwule und Transgender beschlossen. Nach den hier getroffenen Regelungen setzt sich dieses Gremium nach einem Bewerbungsverfahren neu zusammen. Das Referat für Lesben, Schwule und Transgender hat mit Hilfe einer Pressemitteilung die Organisationen der Community zur Bewerbung um Sitze als Vertreterin/Vertreter oder Stellvertreterin/Stellvertreter aufgerufen und Bewerbungsbögen für die Bewerbung erstellt, um nach Eingang der Bewerbungen einen Verwaltungsvorschlag zu erarbeiten.

- ***Außenvertretung / Öffentlichkeitsarbeit:***

Über die Einrichtung des Referats für Lesben, Schwule und Transgender wurde die Öffentlichkeit mit Hilfe einer Pressemitteilung ausführlich informiert. Die Pressemitteilung wurde in der örtlichen Presse und die regelmäßig erscheinenden Magazine für Lesben und Schwule veröffentlicht. Die Kontaktdaten des Referats stehen auf der städtischen Homepage zur Verfügung.

Für einen Fernsehbericht des WDR zum Thema „offene Toleranz“ ging das Referat zusammen mit den beteiligten Redakteuren der Frage nach, wie sich Köln zu einer Hochburg für Lesben und Schwule entwickelt hat und wie Stadt und Community gegenseitig voneinander profitieren. Der Bericht wurde in der Lokalzeit Köln (WDR) ausgestrahlt.

Mit der Zeitung „Stadt Intern“ wurde ein Interview mit dem Referatsleiter geführt, das in der Ausgabe November 2010 veröffentlicht wurde.

Für eine Studie zur Lebenssituation von Regenbogenfamilien in Köln fand eine Online-Befragung der genannten Familien statt. Dazu schrieb das Referat alle in Köln lebenden eingetragenen Lebenspartnerschaften an, um diese über die Studie zu informieren. Zusätzlich wurde eine Pressemitteilung veröffentlicht und zu Beginn und kurz vor Ende der Online-Befragung ein Hinweis auf der Startseite der Homepage der Stadt Köln gegeben.

Auf einer Konferenz in Turin wurde die Studie „Wir sind Eltern“ Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern von Dienststellen in Europa, die für den Bereich LST zuständig sind, vorgestellt. Die interessierten Zuhörerinnen und Zuhörer kamen u.a. von Kommunalverwaltungen aus Belgien, den Niederlanden, Spanien, Italien, Ungarn, England, Deutschland, Frankreich und der Schweiz.

Zusätzlich wurden verschiedene Einladungen lesbisch-schwuler Organisationen wahrgenommen und Veranstaltungen von Verbänden der Community durch das Referat begleitet. Bei der GayCom, dem Vernetzungstreffen der in der Landes- und Kommunalpolitik tätigen Akteure einer aktiven Minderheitenpolitik für Lesben und Schwule in NRW, stellte das Referat die Arbeit der Stadt Köln für Lesben, Schwule und Transgender vor.

Zur Sensibilisierung von Schülerinnen und Schülern für das Thema Homophobie wurde eine Präsentation zu den Themen Homophobie in der Schule, im Nationalsozialismus und im Fußball entwickelt und in einem Seminar von Schülerinnen und Schülern vorgestellt. Zusätzlich wurde ein Fragebogen für Schülerinnen und Schüler entwickelt um in Seminaren direkt auf die jeweiligen Anwesenden eingehen zu können.

Die Veröffentlichung eines eigenen Auftritts auf der Internetseite der Stadt Köln, die über die Angabe der Kontaktdaten des Referats hinaus geht, konnte bisher aufgrund knapper personeller Ressourcen noch nicht erfolgen. Diese wäre allerdings – auch im Vergleich zu den Internetauftritten anderer deutscher Großstädte – wünschenswert, um den Charakter Kölns als „Hauptstadt“ für gleichgeschlechtliche Lebensweisen in Deutschland zu unterstreichen.

In einem Flyer wurde die Arbeit des Referats für Lesben, Schwule und Transgender vorgestellt. Weitere Veröffentlichungen durch Informationsbroschüren und Infomaterialien konnten bisher nicht realisiert werden, da das Referat für Lesben, Schwule und Transgender über kein eigenes Budget verfügt und hier aus diesem Grund an finanzielle Grenzen stößt.

#### - ***Ansprechpartner für Organisationen:***

Das Referat steht den Organisationen der Community jederzeit zum telefonischen Austausch zur Verfügung. Ein großer Teil der in der Stadtarbeitsgemeinschaft Lesben, Schwule und Transgender vertretenen stimmberechtigten Mitglieder wurde zu deren Veranstaltungen und zu persönlichen Gesprächen besucht.

Bei voller personeller Besetzung des Referats könnte die Zusammenarbeit mit den Organisationen intensiviert werden. Dies ist aufgrund mangelnder personeller Ressourcen jedoch nicht möglich. Da die Dienststelle lediglich von einer Person besetzt ist, ist bei noch häufigerer Abwesenheit eine akzeptable telefonische Erreichbarkeit nicht gegeben.

Durch den Stellenwechsel der Schriftführerin der Stadtarbeitsgemeinschaft LST zum 01.04.2011 erfolgte eine weitere Leistungseinschränkung. Aufgrund eines faktisch erhöhten Personalaufwandes für die Geschäftsführung des Ausschusses für Soziales und Senioren (geschätzter Umfang 0,75 Stelle) musste der Stellenanteil für die StadtAG LST auf 0,25 reduziert werden.

- ***Ombuds- / Beratungs- / Wegweiserfunktion für Lesben, Schwule und Transgender innerhalb der Stadtverwaltung***

Nach Veröffentlichung der Pressemitteilung über die Einrichtung des Referats und der Kontaktdaten auf der städtischen Internetseite stand das Referat als Ansprechpartner sowohl für Beschäftigte der Stadt Köln als auch für Bürgerinnen und Bürger zur Verfügung. Auch Dienststellen anderer Kommunen konnten telefonisch beraten oder an geeignete Beratungsstellen freier Träger vermittelt werden. Auch bei der Suche nach Ärzten oder anderen Fachstellen konnte das Referat hilfreich tätig werden. Unterstützung gab es auch für Bürger, die aufgrund schwieriger familiärer Hintergründe Hilfe beim Umzug benötigten.

Im Rahmen eines Projekts einer Schule im Kölner Umland zum Thema Homosexualität wurden Schülerinnen und Schüler einer Schulklasse empfangen und über die Arbeit der Stadt Köln im Bereich Lesben, Schwule und Transgender sowie Diversity informiert. Auch für ein Schulprojekt gegen Diskriminierung stand der Referatsleiter als Ansprechpartner zur Verfügung. Für ein Projekt der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung fanden mit Studierenden Informationsgespräche zum Thema Diversity und die Arbeit im Referat für Lesben, Schwule und Transgender statt.

Die Beratungs- und Wegweiserfunktion könnte durch eine bessere Information von Bürgerinnen und Bürgern weiter ausgebaut werden, da die Präsenz auf der städtischen Homepage noch ausbaufähig ist und zwar die Kontaktdaten angegeben sind, jedoch keine Hinweise auf die Funktion der Dienststelle gegeben sind. Die Einrichtung regelmäßiger Sprechstunden war aufgrund mangelhafter personeller Ressourcen bisher nicht möglich. Darüber hinaus ist kein Besprechungsraum vorhanden, in dem eine angenehme Gesprächsatmosphäre hergestellt werden kann. Der Standort Kalk-Karree erweist sich in diesem Zusammenhang als Barriere, da sich alle Organisationen der Community in der linksrheinischen Innenstadt befinden und eine persönliche Vorsprache außerhalb der Öffnungszeiten nur umständlich zu realisieren ist.

Der Ausbau des Beratungs- und Wegweiserangebots in angemessener Weise ist bisher schon allein deshalb nicht möglich, weil die Dienststelle bei Abwesenheit des Referatsleiters nicht besetzt ist und daher regelmäßige Ansprechzeiten nicht zur Verfügung gestellt werden können.

- ***Interessenvertretung von Lesben, Schwulen und Transgendern in städtischen Gremien***

Das Referat hat besonders im Zusammenhang mit der Vorstellung des Sachstandsberichts zum Diversity-Konzept an einigen Sitzungen der Ausschüsse des Rates teilgenommen.

Der verwaltungsinterne Arbeitskreis zur Stadtarbeitsgemeinschaft Lesben, Schwule und Transgender wird seit der Einrichtung des Referats durch die Dienststelle vorbereitet und vom Referatsleiter geleitet. Bis zur Einrichtung des Referats wurde diese Aufgabe von der Dezernentin für Soziales, Integration und Umwelt wahrgenommen. Innerhalb des Arbeitskreises findet ein reger Austausch von Informationen, die die Arbeit für Lesben, Schwule und Transgender betreffen, statt. Die Tagesordnung für die Sitzungen der Stadtarbeitsgemeinschaft wird hier besprochen und vorbereitet. Sollte sich bei der Diskussion zu einzelnen Tagesordnungspunkten herausstellen, dass weitere Dienststellen zur Information von Politik und Mitgliedsorganisationen erforderlich sind, werden diese zu den jeweiligen Sitzungen eingeladen und um Stellungnahme gebeten. Gleichzeitig werden Anregungen der Fachdienststellen zu den Abläufen in der Stadtarbeitsgemeinschaft aufgenommen und weiter verfolgt.

Noch vor der Einrichtung des Referats wurde die Verwaltung durch einen Beschluss der Stadtarbeitsgemeinschaft aufgefordert, das grundlegende Konzept der Stadtarbeitsgemeinschaft dahingehend zu überarbeiten, dass klargelegt wird, welchen Sinn und Zweck, welche Aufgaben, welche institutionelle Verknüpfung und welche Zusammensetzung die Stadt Köln für die Stadtarbeitsgemeinschaft vorsieht.

Zu diesem Zweck fanden mehrere durch das Referat organisierte Gesprächsrunden mit den stimmberechtigten Mitgliedern statt, an denen auch einige Vertreter der Politik beteiligt waren. Dabei stellte sich heraus, dass in den Reihen der stimmberechtigten Mitglieder und der Politik unterschiedliche Vorstellungen zu den Aufgaben und zur Zusammensetzung der Stadtarbeitsgemeinschaft bestehen. Einhellige Meinung war hier, dass eine neue Geschäftsordnung für mehr Klarheit sorgen müsse.

In Zusammenarbeit mit weiteren Akteuren wurde daher eine neue Geschäftsordnung entwickelt, um vor allem die Zusammensetzung und Änderungen in der Zusammensetzung neu zu regeln. Da dieser Vorschlag noch nicht auf allgemeines Einverständnis stieß, war eine Abstimmung innerhalb der Politik Voraussetzung für einen weiteren Anlauf. Die nun von den Beteiligten aus Politik, Verwaltung und Organisationen der Community getragene Geschäftsordnung wurde dem Ausschuss für Soziales und Senioren am 05.05.2011 zur Beschlussfassung vorgelegt und mit breiter Mehrheit beschlossen.

Die Zusammenarbeit mit Politik und stimmberechtigten Mitgliedern gestaltete sich seit Einführung des Referats äußerst schwierig, da in beiden Bereichen unterschiedliche Ansätze zu verschiedenen Themen, insbesondere zu der zukünftigen Zusammensetzung und den Aufgaben der Stadtarbeitsgemeinschaft Lesben, Schwule und Transgender, bestanden. Hier eine vermittelnde Rolle zu übernehmen war aufgrund der erheblichen Differenzen innerhalb der genannten Gruppen, aber auch aufgrund der geringen personellen Ressourcen des Referats kaum möglich. Eine Unterstützung des Referatsleiters ist hier dringend erforderlich, um in Zukunft zeitnah und konzentriert auf Konflikte eingehen zu können und die Wünsche der Community besser in die Politik tragen zu können.

- **Interkommunale und internationale Zusammenarbeit mit anderen Referaten für gleichgeschlechtliche Lebensweisen:**

Um von den Erfahrungen anderer Kommunen, die bereits seit längerer Zeit Dienststellen für die Belange von Lesben, Schwulen, Bisexuellen und Transgendern eingerichtet haben, zu profitieren, wurde besonders mit den Referaten in München, Wien, Turin und Berlin Kontakt aufgenommen. Als besonderer Unterschied zum Referat für Lesben, Schwule und Transgender der Stadt Köln ist die finanzielle und personelle Ausstattung der Dienststellen zu nennen. Diese zeigen durch erheblich höheren Personal- und Finanzaufwand und vor allem durch Veröffentlichungen ihrer Arbeit für LSBT in großem Umfang Flagge für die Belange homosexueller Bürgerinnen, Bürger und Gäste.

Beispielsweise bietet die Stadt München Informationsbroschüren zum Thema Lebensformen für Kinder oder zum Thema Diskriminierung und Gewalt gegen Lesben, Schwule und Transgender an. Darüber hinaus werden Handbücher mit den Titeln „Mittendrin – oder außen vor – Wissenswertes über Lesben und Schwule“ (77 Seiten), „Lesben lieben in München“ (97 Seiten), „Vielfalt anders leben“ (43 Seiten), „Zwischen allen Welten – Überlegungen zur Situation lesbischer Migrantinnen und schwuler Migranten in München“ (17 Seiten) oder Dokumentationen z.B. zum Thema „Hass und Gewalt in der Musikszene“ (56 Seiten) zur Verfügung gestellt.

Eine derart effektive und präzise Arbeit für die Belange von Lesben, Schwulen und Transgendern ist ohne eigenes Budget der zuständigen Dienststelle leider nicht zu realisieren. Die Folge dieser haushaltsneutralen Arbeit für den Bereich LSBT könnte langfristig ein Verzicht der Stadt Köln auf ihr Image als Hochburg lesbisch-schwulen Lebens sein. Damit verbunden wäre ein Rückgang der Attraktivität der Stadt Köln als Wirtschaftsstandort und Touristenmagnet für lesbische und schwule Gäste, die besonders im Jahr 2010 einen erheblichen Teil der Köln-Besucher ausmachten und im August 2010 durch die hier stattfindenden GayGames für Rekord-Übernachtungszahlen sorgten. Internationale Studien in diesem Bereich zeigen, dass Großstädte besonders von ihrer Weltoffenheit und Toleranz sowie dem Umgang mit Minderheiten profitieren. Mangelhafte Unterstützung und ein Verzicht auf den Ausbau der Arbeit für den genannten Personenkreis kann daher langfristig negative Folgen für die Entwicklung der Stadt Köln haben.

Zur Vorbereitung des Projekts „Chancengleichheit prüfen – Diversity Mainstreaming für Verwaltungen“ wurden Erfahrungen mit der Antidiskriminierungsstelle des Bundes ausgetauscht. Mit der Leiterin der Antidiskriminierungsstelle wurde ein weiterer intensiver Austausch im Rahmen des genannten Projekts vereinbart. Bei der verstärkten Zusammenarbeit mit Ländern und Kommunen hat sich das Referat für Lesben, Schwule und Transgender bei der Antidiskriminierungsstelle des Bundes den Ruf erworben, für das Thema Chancengleichheit ein kompetenter Ansprechpartner zu sein.

Einer der Schwerpunkte der Arbeit des Referats für Lesben, Schwule und Transgender ist die Teilnahme an dem EU-Projekt AHEAD (Against Homophobia. European local Administration Devices), dessen Ziel die verbesserte Integration von Menschen der Bevölkerungsgruppe „Schwule, Lesben, Bisexuelle und Transgender“ in europäischen Städten ist. Für die Stadt Köln wirkt das Büro für Internationale Angelegenheiten und das Referat für Lesben, Schwule und Transgender an diesem Projekt mit, zu dessen Abschluss ein

Weißbuch erstellt wurde, das allen europäischen Kommunen die Möglichkeit gibt, hier für ihre Stadt geeignete Maßnahmen zur Verbesserung der Situation von Lesben, Schwulen und Transgendern zu finden.

Das Referat für Lesben, Schwule und Transgender hat zum Projekt AHEAD, das zusammen mit den Partnerstädten Barcelona und Turin durchgeführt wird, zwei Studien erstellt und eingereicht. In einer Studie wird die Diversity-Politik der Stadt Köln vorgestellt. Grundlage dieser Studie war der dem Rat im Dezember 2010 vorgelegte Sachstandsbericht zur Diversity-Politik. Die zweite Studie beschäftigt sich mit der Zusammenarbeit der Stadtverwaltung mit den Organisationen der LSBT-Community und der Politik am Beispiel der Stadtarbeitsgemeinschaft für Lesben, Schwule und Transgender. Hier wird vor allem der Unterschied zur Vorgehensweise anderer europäischer Städte deutlich, die die Projekte für den Personenkreis meist durch die Kommunalverwaltung selbst anstoßen und ausführen, während in Deutschland eher eine ideelle und finanzielle Unterstützung der Projekte von Vereinen und Selbsthilfeorganisationen der Community stattfindet.

In einer weiteren Studie arbeitete die Stadt Köln durch das Referat für Lesben, Schwule und Transgender eng mit dem LSVD (Lesben- und Schwulenverband in Deutschland) und dem Beratungszentrum Rubicon sowie einem Team von Psychologen zusammen. Ziel dieser Studie ist die Beleuchtung der Lebenssituation von Regenbogenfamilien in Köln. Besonderer Wert wird hier auf die Erfahrungen der Familien mit städtischen Dienststellen und Institutionen wie Schulen und Kindergärten gelegt. Von Interesse ist dabei auch, wie die Kinder mit der besonderen Familiensituation zurecht kommen und ob bereits Diskriminierungserfahrungen gemacht wurden. Die Ergebnisse der Studie wurden im Rahmen des EU-Projekts veröffentlicht. Zur Vorbereitung der Studie fanden unter Beteiligung des Referats einige Sitzungen statt, um gemeinsam Fragen für die Online-Befragung zu entwickeln und die Information der Öffentlichkeit zu planen. Hier war das Referat für die Mitteilungen an Presse und Dienststellen der Verwaltung sowie die Verbreitung über die Internetseite der Stadt Köln verantwortlich.

Der durch das Referat für Lesben, Schwule und Transgender erstellte Infobrief an alle in Köln lebenden eingetragenen Lebenspartnerschaften zog eine Vielzahl von schriftlichen und telefonischen Nachfragen nach sich, die alle bestmöglich beantwortet werden konnten.

Auch an der Erstellung der Druckversion der Studie war das Referat für Lesben, Schwule und Transgender maßgeblich beteiligt. Sie wurde auf der Abschlusskonferenz des Projekts AHEAD vor mehr als 280 Zuhörern vorgestellt.

Zur Durchführung des Projekts AHEAD und zur Erstellung des Weißbuchs fanden einige Treffen mit den beteiligten Partnerstädten und Instituten statt. Darüber hinaus nahm das Referat an einer großen Konferenz „European Rainbow Cities“ in Barcelona teil, auf der – neben der Beteiligung an unterschiedlichen Diskussionsrunden – auch das Vorgehen der Stadt Köln zur Erstellung eines Diversity-Konzepts vorgestellt wurde. Dabei fanden intensive Gespräche zu öffentlicher Teilhabe und Mitwirkung statt. Interessant sind die Erfahrungen anderer europäischer Kommunen, in denen Projekte häufiger durch die Kommunalverwaltung selbst durchgeführt werden, sowie deren Reaktionen auf die hier übliche Vorgehensweise, die sich eher auf die Förderung und Unterstützung von Organisationen und Selbsthilfegruppen konzentriert,

dabei aber eine enge Kooperation mit den Partnerinnen und Partnern anstrebt.

Mit dem Leiter des internationalen Netzwerks „FARE“ (Fußball gegen Rassismus in Europa) fanden intensive Gespräche zu Homophobie im Fußball statt. Er stellte einige Maßnahmen gegen Gewalt und Diskriminierung im Amateur- und Profifußball vor. Da im Bereich des Sports – und besonders im Fußball – eine große erzieherische Wirkung auf Kinder und Jugendliche im Kampf gegen Homophobie erzielt werden kann, wären Initiativen der Stadt Köln in diesem Bereich sinnvoll.

In einem Treffen mit Verantwortlichen für den Bereich LSBT aus den Städten Turin, Barcelona, Gent, Genf, Paris, Amsterdam und Köln wurde vereinbart, ein europäisches Netzwerk für eine kommunale Gleichstellungspolitik ins Leben zu rufen. Dazu ist es geplant, jährlich zwei Treffen durchzuführen, an denen auch weitere europäische Kommunen teilnehmen werden. Hier soll über die Erfahrungen der Ergebnisse des Weißbuchs zum EU-Projekt AHEAD berichtet und neue Vorschläge zu einer aktiven Politik für LSBT unterbreitet werden.

- **Berichtswesen:**

Der Ausschuss für Soziales und Senioren hat in seiner Sitzung am 23.09.2010 beschlossen, dass das Referat für Lesben, Schwule und Transgender analog zu den anderen Diversity-Gruppen einen Jahresbericht über seine Tätigkeiten vorlegen soll.

Das Referat wurde im Juli 2010 teilweise eingerichtet. Der nun vorliegende Bericht orientiert sich an den im Ratsbeschluss vom 14.12.2009 beschriebenen Aufgaben.

**Bewertung der bisherigen Arbeit des Referats für Lesben, Schwule und Transgender:**

Die Tätigkeit der Stadtverwaltung für den Personenkreis der Lesben, Schwulen und Transgender wurde vor Einrichtung des Referats vom Dezernat für Soziales, Integration und Umwelt ´nebenbei´ erledigt. Dabei stellte sich heraus, dass diese untergeordnete Herangehensweise der Bedeutung von Lesben, Schwulen und Transgendern in einer weltoffenen Großstadt, die eine Hochburg lesbisch-schwulen Lebens in der Bundesrepublik Deutschland darstellt, nicht gerecht werden konnte.

Die Einrichtung des Referats fiel ungünstiger Weise mit dem Ausscheiden der ehemaligen Dezernentin für Soziales, Integration und Umwelt zusammen, die in engem Kontakt mit den Akteuren der Community stand. Nachdem der Bereich einige Monate von der Dezernentin für Bildung, Jugend und Sport vertretungsweise betreut wurde, konnte zum 01.12.2010 eine neue Dezernentin für Soziales gefunden werden, in deren Geschäftsbereich das neu eingerichtete Referat liegt.

Die mit der Einrichtung des Referats verbundenen Ziele und Aufgaben konnten teilweise realisiert werden, scheiterten andererseits an den bisher gegebenen Voraussetzungen.

So ist eine der Bedeutung des Themas angemessene Öffentlichkeitsarbeit aufgrund eines nicht vorhandenen finanziellen Budgets und damit fehlender Ressourcen nicht

möglich. Das genannte Beispiel der Münchener Koordinierungsstelle für gleichgeschlechtliche Lebensweisen zeigt, dass vor allem durch Informationsmaterialien und die Veröffentlichung von Broschüren eine Aufklärung breiter Bevölkerungsschichten über die Belange von Lesben, Schwulen und Transgendern erfolgen kann und muss. Gerade Kindern und Jugendlichen können mit Hilfe geeigneter Materialien Bedenken gegenüber unterschiedlichen Lebensweisen genommen werden. So könnte nachhaltig ein Beitrag zu mehr Toleranz geleistet werden.

Die Umsetzung solcher Maßnahmen scheitert jedoch bereits an einem mangelnden finanziellen Budget des Referats für Lesben Schwule und Transgender, da Kosten für Gestaltung und Druck nicht im Haushaltsplan eingeplant sind. Auch die personelle Besetzung des Referats ist für eine intensivere Öffentlichkeitsarbeit nicht ausreichend. Für das Beschreiten neuer kreativer Wege ist ein Austausch von Argumenten und Ideen mit Kolleginnen und Kollegen und mit den Trägern und Selbsthilfeorganisationen der Community erforderlich. Da bisher lediglich eine Stelle des Referats besetzt ist, stehen Kolleginnen und Kollegen für diesen Austausch nicht zur Verfügung. Ein inhaltlich orientierter Informationsaustausch mit den Akteuren der lesbisch-schwulen Community konnte aufgrund geringer personeller Ressourcen lediglich in Ansätzen erfolgen, konnte dann jedoch erfolgreich gestaltet werden, wie beispielsweise die Studie zur Lebenssituation von Regenbogenfamilien zeigt.

Die Gestaltung eines speziell für Lesben, Schwule und Transgender erstellten Auftritts auf der Internetseite der Stadt Köln konnte bisher ebenfalls nicht realisiert werden, da auch dafür die Dienststelle nicht angemessen besetzt ist. Zwar können die Kontaktdaten des Referats auf der städtischen Homepage gefunden werden, weitere Informationen über die Arbeit für und mit Lesben, Schwulen und Transgender bekommen die Interessierten hier jedoch nicht. Besonders im interkommunalen Vergleich mit anderen Großstädten schneidet die Stadt Köln hier schlecht ab.

Auch die Konzept-Entwicklung für eine Kölner LST-Politik gestaltet sich ähnlich schwierig, da dies idealer Weise die Arbeit in einem Team voraussetzt, in dem Ideen gesammelt und weiter entwickelt werden können. Auch für die Einbindung weiterer Akteure wäre zur Erarbeitung von Konzepten die Arbeit im Team wünschenswert.

Die bereits im Juni 2010 geforderte Neustrukturierung der Stadtarbeitsgemeinschaft kann nach der nun geltenden neuen Geschäftsordnung vorangetrieben werden. Die Neubesetzung der Stadtarbeitsgemeinschaft mit stimmberechtigten Mitgliedern wird durch das beschlossene Bewerbungsverfahren zur Besetzung erhebliche zeitliche Ressourcen binden.

Auch wenn versucht wurde, die konzeptionelle und öffentlichkeitswirksame Arbeit für Lesben, Schwule und Transgender auszuweiten, ist die personelle und finanzielle Ausstattung bisher als halbherzig anzusehen. Dieser Eindruck wird auch in Gesprächen mit den Trägern und Selbsthilfeorganisationen so zurück gespiegelt.

Der personelle Engpass hat sich durch die Reduzierung der Stelle der bisherigen Schriftführerin der Stadtarbeitsgemeinschaft im April 2011 um die Hälfte weiter verstärkt. Dadurch wurde eine weitere Lücke in die Zusammenarbeit mit Politik und Organisationen gerissen, die durch die Position des Referatsleiters als „Einzelkämpfer“ nicht geschlossen werden kann. Ob die Geschäftsführung der Stadtarbeitsgemeinschaft in Zukunft in der bisherigen Form weiter geführt werden kann, erscheint vor diesem Hintergrund fraglich.

Der Rat der Stadt Köln hat mit seinem Beschluss zur Einrichtung des Referats am 14.12.2009 den politischen Willen bekundet, sich stärker für die Belange von Lesben,

Schwulen und Transgendern einzusetzen und so dem Ruf der Stadt Köln als weltoffene Hochburg lesbisch-schwulen Lebens in Deutschland gerecht zu werden und gegenüber anderen Kommunen, die in ihrer Entwicklung hier bereits weiter fortgeschritten sind, aufzuholen. Wegen der mangelhaften Ressourcenbereitstellung bestehen Bedenken, dass die Dienststelle die von außen in sie gesetzten Erwartungen erfüllen kann. Eine halbherzige Behandlung des Themas wird sowohl verwaltungsin-tern, als auch in der öffentlichen Wahrnehmung den in sie gesetzten Hoffnungen nicht gerecht.